Komitee für Grundrechte und Demokratie

Jahrbuch 1994/95

Wir werden uns weigern, in irgendeiner Form an Aufgaben mitzuarbeiten, die von uns als menschengefährdend erkannt worden sind, und zwar auch dann, wenn wir dadurch in Konflikt mit den Gesetzen unseres Landes geraten sollten. (Robert Jungk, 1959)

IMPRESSUM

Herausgeber, Verleger:
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
Bismarckstr. 40, 50672 Köln
Telefon (02 21) 52 30 56, Telefax (02 21) 52 05 59
Komitee-Büro Sensbachtal, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal
Telefon (0 60 68) 26 08, Telefax (0 60 68) 36 98

Redaktion: Wolf-Dieter Narr, Roland Roth,
Birgit Sauer, Martin Singe, Elke Steven
Redaktion des Ereigniskalenders: Hermann Theisen, Hanne Vack

Korrektur: Harald Manske, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth,
Birgit Sauer, Martin Singe, Daniela Schüle,
Elke Steven, Hanne + Sonja Vack

Umbruch, Gestaltung:
Roland Roth, Martin Singe, Elke Steven, Klaus Vack

Preis 30,– DM;
bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 20 % Rabatt;
Buchhandel generell 40 % Rabatt;
jeweils zuzüglich Versandkosten

Vertrieb und Bankverbindungen:
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal
Postbank Frankfurt Nr. 3 918 81-600, BLZ 500 100 60
Volksbank Odenwald Nr. 8 024 618, BLZ 508 635 13

Erste Auflage, September 1995, 3.000 Exemplare

Alle Rechte beim Herausgeber

Zahlreiche Beiträge sind mit Vorspanntexten versehen; diese wurden von der Redaktion formuliert. Überschriften und Zwischentitel sind teilweise von den Autorinnen und Autoren, teilweise von der Redaktion verfaßt. Kurzangaben zu den AutorInnen siehe Seite 501 ff. Die Bildauswahl besorgten Roland Roth, Martin Singe und Elke Steven. Bildquellennachweis siehe Seite 505 ff.

Presserechtlich verantwortlich: Roland Roth Berlin

Satz, Druck und Gesamtverarbeitung: hbo-druck Einhausen

ISBN: 3-88906-058-7; ISSN: 0176-7003

INHALT

Editorial Seite 13

Monatskalender Juli 1994 – Juni 1995 Seite 21

Juli 1994
Ekkehart Krippendorff
Zum Beschluß des BVerfG
über Auslandseinsätze der Bundeswehr Seite 23

August 1994
Otto Diederichs
Fremdenfeindlichkeit –
Die Polizei krankt an sich selbst Seite 31

September 1994
Anja Ruf
Außer Spesen nichts gewesen?
Die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo Seite 39

Oktober 1994
Ulrich Görlitz
Zu BeFREIende HEIDe –
Kein Bombodrom in Wittstock Seite 45

November 1994
Margit Mayer/Bruce Spear
Die perversen Effekte eines Referendums:
Kaliforniens Anti-Immigrations-Proposition 187 Seite 53

Dezember 1994
Peter Kammerer
Berlusconi und die Demokratie Seite 63

Januar 1995
Lawrence L. Langer
Was kann über den Holocaust
noch Neues gesagt werden? Seite 69

November 1994: Das kalifornische Plebiszit vom 8. November 1994, das eine Wende im US-amerikanischen Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern signalisiert, ist in mehrfacher Hinsicht symptomatisch. Es zeigt an, wie selbst die USA, zunehmend im Weltmarkt eingespannt, in innere Nöte geraten und den ohnehin vorhandenen Sozialdarwinismus verstärken. Das Plebiszit illustriert jedoch auch, wie fragwürdig das isolierte demokratische Vertrauen auf unmittelbare Beteiligung ist, sofern nicht entsprechende Bedingungen im politisch-sozialen Kontext geschaffen worden sind und sich Teilnahme am politischen Geschehen gleichsam von selbst versteht. Der periodische „Aufstand" von Privatinteressen via Plebiszit kann demokratisch-menschenrechtliche Konsequenzen kaum je zeitigen. So wenig die Proposition 187 schon unmittelbare Wirksamkeit besitzt, so sehr ist sie schließlich insgesamt ein Symptom dafür, daß gängige politische Wege heute nicht nur in den USA an den Rand des humanen Abgrunds führen, wenn nicht mitten in ihn hinein.

Margit Mayer/Bruce Spear

Die perversen Effekte eines Referendums: Kaliforniens Anti-Immigrations-Proposition 187

Am 8. November 1994 stimmten 59% der Wähler Kaliforniens für die sogenannte „Proposition 187". Mit diesem Referendum soll schätzungsweise 2 Millionen illegalen Immigranten die Teilhabe am öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem verwehrt werden. Gleichzeitig werden Lehrer und medizinisches Personal aufgefordert, Personen, von denen sie annehmen,

daß sie sich illegal in den USA aufhalten, der Staatsanwaltschaft und dem „Immigration and Naturalization Service", also der Ausländerbehörde zu melden. Noch werden die meisten Bestimmungen von Proposition 187 – außer einer, die die Fälschung von Ausweispapieren zu einem schweren Verbrechen mit entsprechender Bestrafung erklärt – nicht umgesetzt, während verschiedene Gerichte ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen. Obwohl besonders weitreichend, ist „Prop 187" doch nur ein Beispiel in einer Reihe von Volksentscheiden und Gesetzen auf einzelstaatlicher wie Bundesebene, die den Anspruch von Immigranten und Armen auf die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsektor einschränken. In diesem Beitrag stellen wir die wirtschaftliche, demographische und politische Dynamik dar, die in dem Mehrheitsvotum für „Prop 187" zum Ausdruck kommt und die auf eine grundsätzliche Transformation amerikanischer politischer Kultur sowie sozialstaatlicher Konzeptionen abzielt, wobei herkömmliche Definitionen von Bürger- wie Menschenrechten in Frage gestellt werden.

Die Einstellungen der US-AmerikanerInnen zur Immigration sind seit langem ambivalent. Zwar sind die USA eine Nation von Einwanderern mit einer langen Geschichte freundlicher Aufnahme und Assimilierung von Neuankömmlingen. Gleichzeitig sind die USA eine Nation von Immigranten, die die ursprünglichen Einwohner, die „Native Americans", dezimiert und die in verschiedenen Phasen „Ungläubige" wie Hexen, Katholiken, Freimaurer und Kommunisten verfolgt hat. Die politische Kultur der USA basiert sowohl auf der langandauernden Tolerierung von Sklaverei und Jim Crow- Gesetzgebung, als auch auf der Annahme (in den Worten des Abolitionisten Theodore Parker und des Präsidenten Abraham Lincoln, in der Gettysburg Address), „daß die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk nicht von der Erde verschwinden werde". Diese Rhetorik mag idealistisch anmuten, aber es ist genau dieses Prinzip der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz (kodifiziert im 14. Verfassungszusatz, auf den sich die bundesgerichtliche Verfügung zu Proposition 187 bezieht), das momentan die Umsetzung des Gesetzes blockiert. So wird, wie so häufig im amerikanischen politischen System, die Wechselhaftigkeit öffentlicher (Mehrheits)Meinung gemessen an der Solidität der amerikanischen Verfassung.

Für den Bundesrichter, der zur Zeit das Inkrafttreten der Proposition 187 in Kalifornien verhindert, liegt das Problem darin, daß der Staat Kalifornien die exklusive Zuständigkeit der Bundesregierung für das Einwanderungsgesetz herausfordert. Sobald der Fall die höheren Gerichte erreicht, wird er mit dem Präzedenzfall der 1982er Entscheidung des Obersten Gerichtshofs verglichen werden, die ein ähnliches texanisches Gesetz verworfen hatte, mit dem den Kindern illegaler Immigranten die Teilnahme am Schulbesuch verwehrt werden sollte. Richter Brennan schrieb im damaligen Mehrheitsvotum, das Gesetz sei ungerecht, weil illegal eingewanderte Minderjährige nicht dafür verantwortlich gemacht werden könnten, wo sie sind, und es sei verfassungswidrig, weil es eine Unterklasse produzieren könne. Richter Berger schrieb im abweichenden Votum, daß die Mehrheitsmeinung des Gerichts fälschlich davon ausgehe, die

mangelnde Führungsstärke des Kongresses in Sachen Einwanderungspolitik ausgleichen zu müssen, daß der Supreme Court das Scheitern der zuständigen politischen Institutionen wettzumachen suche. Ähnlich ruft heute „Prop 187" widersprüchliche Elemente amerikanischer politischer Kultur wach: einerseits den New Deal Liberalismus, der allerdings im Kontext einer sich restrukturierenden, zunehmend auf Ungleichheiten setzenden politischen Ökonomie schwächer und instabiler wird, und andererseits die konservative Strategie des Abbaus von Sozialpolitik, indem staatliche Interventions- und Handlungsspielräume eingeschränkt werden.

Die heute in Kalifornien lebenden und arbeitenden ca. zwei Millionen illegalen Immigranten sollen mit „Prop 187" keineswegs deportiert werden. Die kalifornische Ökonomie ist abhängig von diesem Heer von Arbeitskräften, insbesondere für die arbeitsintensiven landwirtschaftlichen und Dienstleistungssektoren. Nach Mike Davis zielt das Gesetz auf „die Erhaltung eines aufgeblähten Angebots an billiger Arbeitskraft bei gleichzeitiger Absenkung ihrer Reproduktionskosten gegen Null" (1). Diese Sichtweise wird durch neuere Schätzungen ökonomischer Analysen gestützt. Denselben gemäß streichen die kalifornischen Arbeitgeber jährlich Extraprofite von ca. 140 Milliarden Dollar ein, weil sie Lohnkosten, die sie an reguläre Arbeitskräfte hätten zahlen müssen, einsparen (2).

Viele Immigranten kommen allerdings mit hinreichenden Qualifikationen, Eigenkapital und unternehmerischen Ambitionen an und stellen damit einen signifikanten Faktor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Aufschwung der südkalifornischen Wirtschaft dar, die durch die Kürzungen des Militärhaushalts und die industriellen Umstrukturierungsprozesse der letzten Jahre in eine massive Krise gestürzt war. So beschreibt Joel Kotkin im Wall Street Journal nicht nur die essentielle Rolle, die Immigranten für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Textil-, Software- und Elektronikindustrie, in der Lebensmittelverarbeitung sowie der medizinischen Geräteproduktion gespielt haben, sondern auch, wie unvollständig diese Rolle von den verschiedenen politischen Klassen verstanden wird (3). Kotkin argumentiert, der kalifornische Gouverneur Wilson und die neoklassischen Ökonomen würden diese Einwanderergruppen ignorieren bzw. sie als Sündenböcke abstempeln, weil sie den „guten" Arbeitsplätzen im Rüstungssektor nachtrauerten und die Bedeutung der neuerlich expandierenden Arbeitsplätze in den Zukunftsindustrien wie der Unterhaltungs-, Software- und produktionsorientierten Dienstleistungsindustrie noch nicht realisiert hätten. Auch die Linke zögere, die faktische Rolle dieser Immigranten, die sich so affirmativ zu Kapitalismus und Assimilation verhalten, wahrzunehmen, zögen sie es doch vor, diese Immigranten als „Opfer einer hoffnungslos rassistischen und sexistischen Gesellschaft" zu sehen. Kotkin dagegen ist fasziniert vom Auftauchen neuer ökonomischer Akteure, die aus „permanent sich wandelnden Koalitionen kleiner Teams individueller Unternehmer bestehen, die sich immer wieder neu für einen sich permanent wandelnden und expandierenden Markt rekreieren" und von den „völlig neuen Industrien – im Elektronik-, Lebensmittel- und Textilbereich –, die meistens aus Familienunternehmen bestehen und außerhalb der Sichtweite des Fiskus operieren".

Dieser Zustrom neuer unternehmerischer Immigranten in die südkalifornische Ökonomie geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem viele Einheimische sich angesichts der Kürzungen im Rüstungssektor, der industriellen Umstrukturierung und der Reduzierung japanischer Investitionen drastisch umorientieren müssen. Während der letzten fünf Jahre mußte sich jede/r vierte KalifornierIn einen neuen Arbeitsplatz suchen; etwa 500.000 Angelenos mit Familiennamen wie Smith u.ä. sind in die nordwestlichen und südwestlichen Nachbarstaaten abgewandert und verkauften ihre Häuser an Familien mit Nachnamen wie Nguyen oder Rodriguez. Außerdem ist Kalifornien auch insofern ein untypischer amerikanischer Staat, als 38% aller legalen Immigration in die USA hier stattfindet. Während der 80er Jahre sind über 3,2 Millionen Immigranten in einen Staat von 30 Millionen Einwohnern dazugekommen. Diese Dimensionen gilt es zu berücksichtigen, wenn man die Dynamik auch der politischen Auseinandersetzung verstehen will.

Auf politischer Ebene versuchte der Staat Kalifornien während der letzten zwei Dekaden, mit einer Reihe von Referenden und Gesetzesinitiativen auf die massiven Veränderungsprozesse reagierend, sein Steuersystem, das sozialstaatliche System und andere politische Institutionen anzupassen. „Prop 187" stellt lediglich die letzte in einer Reihe von Initiativen dar, deren „Mutter" die berüchtigte „Proposition 13" von 1979 war. Hier stimmte die Mehrheit der kalifornischen Wähler für eine drastische Senkung der lokalen Vermögenssteuern (welche die Haupteinnahmequelle des Bundesstaates darstellen) und legte fest, daß auch zukünftige Regierungen diese Steuern nur unter schwierigsten Bedingungen wieder erhöhen könnten (4). „Proposition 13" bewirkte nicht nur das Ausbluten der steuerlichen Ressourcen des Staates Kalifornien, was den Verfall der öffentlichen Infrastruktur, der Schulen, Parks und öffentlichen Bibliotheken zur Folge hatte, sondern – wie Peter Schrag (in Harpers November 1994) zeigt – auch eine Transformation der lokalen und regionalen politischen Institutionen. Da Zwei-Drittel-Mehrheiten in beiden Häusern der kalifornischen Legislative notwendig sind, um die Steuern zu erhöhen, kann der politische Prozeß durch organisierte Minoritäten (die folglich mit einem Drittel bereits eine Veto-Position erreichen) gelähmt werden. Weil „Proposition 13" dem (kalifornischen) Staat auch die Entscheidung darüber anheimstellte, wie die Einnahmen aus lokalen Vermögenssteuern auf Schulen, Flutkontrollen oder sonstige Dienstleistungen aufgeteilt werden sollten, bewirkte sie faktisch, daß eine immobilisierte Staatsregierung Entscheidungsgewalt über die lokale Politik bekam. Zuwächse bei den staatlichen Ausgaben sind nurmehr in strikter Abhängigkeit von Bevölkerungszuwächsen und Steigerungsraten in den Lebenshaltungskosten möglich, wobei nachfolgende Gesetzesinitiativen die Ausgabemöglichkeiten noch stärker einschränkten. So legte z.B. „Proposition 98" (1988 verabschiedet) fest, daß 40% des verfügbaren staatlichen Ausgabevolumens ins öffentliche Schulsystem zu fließen haben. Wo die Möglichkeiten, mit staatlichen Ausgaben Politik zu machen, so drastisch reduziert sind, führen die durch Referenden erzielten politischen Entscheidungen (die jeweils unabhängig von entsprechenden Finanzierungsmaßnahmen verabschiedet wurden) zu einem Nullsummenspiel. Die Mittel für das

Das Bild wurde aufgrund urheberrechtlicher Einschränkungen entfernt.

gleichzeitig mit „Prop 187" abgestimmte „Three Strikes You're Out"-Gesetz, wonach Wiederholungstäter keine Bewährungsstrafen mehr erhalten, was einen gewaltigen Ausbau des Gefängnissystems erheischt, können nur aus dem ungeschützten Haushalt für die staatlichen Universitäten kommen. In den frühen 1980er Jahren (als ca. 20.000 Insassen die kalifornischen Gefängnisse bevölkerten) betrugen die Ausgaben für das Gefängnissystem etwa ein Drittel der Ausgaben für das höhere Bildungssystem, heute (Zahl der Insassen ca. 130.000) sind sie etwa gleich hoch, im Lauf der nächsten Dekade werden sie die Ausgaben für das Bildungssystem um das vierfache übersteigen. Die Studiengebühren haben sich während der letzten fünf Jahre bereits verdoppelt. Universitäten bemühen sich inzwischen verstärkt um Zuwendungen der großen Konzerne, und die Mehrzahl der Studenten sieht sich eingeschränkten Zugangsbedingungen und zunehmenden Verschuldungsperspektiven gegenüber (es wird geschätzt, daß sich ihre Verschuldungsrate im Lauf der nächsten Dekade verdoppelt, womit praktisch eine Klasse von „indentured servants" geschaffen würde).

Diese neue Steuerpolitik hat nicht nur die Entscheidungskompetenz lokaler Gemeinden in bezug auf die Verwendung ihrer steuerlichen Einnahmen eingeschränkt, sie beschneidet überhaupt die Handlungsfähigkeit von lokalen politischen Akteuren. So beschreibt Peter Schrag die Entfremdung einer ganzen Klasse politisch aktiver Bürger – „der Leute aus den Steuerzahlerverbänden, der Typen von der Handelskammer, der 'good government'-Reformer aus der alten Mittelklasse. Was man statt dessen vorfindet, sind Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, die erfolgreich mittelmäßige Kandidaten unterstützen und ständig wachsende Löhne für Lehrer erstreiten, die dann in kaputten Schulgebäuden unterrichten sollen, wo das Wasser durch die Decke oder aus den Heizungsrohren tropft." Schrag beschreibt recht eindrücklich, wie die wachsende Zahl von populistischen Gesetzesinitiativen mit einer ausgefuchsten Mischung aus direct-mail-Unternehmen, Medien und politischen Consultants, Interessengruppen sowohl rechter als auch linker Couleur und modernster high-tech-Abstimmungsmaschinerie organisiert werden, um Gelder und Stimmen zu maximieren, und diese sich so faktisch der Legislative bemächtigen.

Zu diesem Szenario wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Brüche und zum zunehmend dysfunktionalen politischen System gesellt sich, dank „Prop 13", obendrein eine neue Polarisierung zwischen Steuerzahlern und Steuerverbrauchern. Für „Prop 13" stimmten all die älteren, weißen, wohlhabenden Grundstücksbesitzer, deren bedeutendste Investition, ihr Eigenheim, höher und höher besteuert wurde, während sie gleichzeitig die Angebote und Dienstleistungen der öffentlichen Hand weniger und weniger in Anspruch nahmen. Der Anteil dieser Hauseigentümer, die noch schulpflichtige Kinder hatten, nahm zwischen 1960 und 1980 schätzungsweise von 40% auf 20% ab. So ist es vielleicht nachvollziehbar, warum sie für eine Gesetzesinitiative stimmten, die es denjenigen, deren Grundstückssteuern auf dem 1975er Wert eingefroren wurden, erlaubt, ihre Eigenheime ohne neuerliche Bewertung an ihre Kinder zu vererben. Schrag nennt das Resultat „Amerikas erste dynastische Privilegien seit der Abschaffung der Primogenitur".

Daß solche Entscheidungen verabschiedet werden können, ist Ergebnis variierender Wahlbeteiligungsraten: Die grundbesitzenden Weißen beteiligen sich mit weit höheren Raten als Einwanderer und andere ethnische Gruppen. Bei den Wahlen vom November 1994, als über „Prop 187" mitabgestimmt wurde, gingen lediglich 31% bzw. 4.624.825 der 14.724.785 kalifornischen Wähler zur Stimmabgabe. 78% von ihnen waren nicht-hispanische Weiße, die in der Gesamtbevölkerung der erwachsenen (!) Kalifornier lediglich 60% ausmachen. Während Republikaner nur 37% der Wählerschaft stellen, beteiligten sich 80% von ihnen an der Abstimmung; sie trugen, gemeinsam mit den Perot-Wählern, 71% der Ja-Stimmen für „Prop 187" bei. Im Vergleich dazu war die Wahlbeteiligung anderer ethnischer Gruppen sowie von Anhängern der Demokratischen Partei über weite Strecken trostlos. Obwohl Latinos 24% der Bevölkerung ausmachen, stellten sie nur 10% der Wählerschaft; asiatische AmerikanerInnen machen 9,6% der Bevölkerung aus, stellten aber nur 4% der Wähler. Afro-AmerikanerInnen beteiligten sich stärker an der Wahl, aus ihrer Mitte (sie machen 7,4% der Bevölkerung aus) kamen 5% der Stimmen für das Referendum. Das Gesetz kam durch, weil ein Drittel aller Demokraten dafür stimmte, wobei die „Demokratischen Frauen" 14% der Ja-Stimmen, die „Demokratischen Männer" 10% stellten.

Dessen ungeachtet ist es offizielle Sicht der Demokratischen Partei und vieler Linker, daß die Stimme für „Proposition 187" Ausdruck zunehmender rassistischer und nativistischer Haltungen sei. Dabei werden die Auskünfte derer, die für die Gesetzesinitiative stimmten, kaum berücksichtigt. Sie sehen ihre Zustimmung keineswegs als rassistische Position. Eher, so schrieb eine Leserin am 3. November 1993 in der Valley Tribune, „haben diejenigen, die 187 als rassistische Angelegenheit präsentieren, eine versteckte Absicht. In Wirklichkeit handelt es sich hier um den gesetzlichen Versuch, das finanzielle Überleben unseres Staates zu sichern." Ein Leser der Los Angeles Times fragte am 2. November 1994: „Ist es unsere moralische Pflicht, Illegale zu verköstigen und zu bekleiden, medizinisch und sozial zu versorgen, während unsere eigenen Alten und viele Tausende von Obdachlosen ohne diese Versorgung sind?" Zahlreiche Berichte betonen, daß die Befürworter von „Prop 187" vor allem „eine Botschaft nach Washington schicken" wollten. Befragt, ob sie mit ihrer Befürwortung Kinder aus den Schulen werfen wollten, gaben nur 3% der Interviewten dies als ihre Absicht an.

Die Regierung in Washington ist in der Tat verantwortlich für eine Einwanderungspolitik, die bestimmte Einzelstaaten und Gemeinden in eine äußerst prekäre Lage gebracht hat. Einwanderungspolitik wird in den USA auf nationaler Ebene entschieden. Die jüngsten Einwanderungsgesetze haben wachsende Zahlen von Immigranten zugelassen, von denen sich 75% in nur sechs Staaten ansiedelten. Diese Staaten verfügen nur über ein begrenztes lokales Steueraufkommen; sie sind von der Bundesregierung abhängig, um die teuren Bildungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtsleistungen erbringen zu können. Von den zusätzlichen Mitteln, die im Einwanderungsgesetz für die Versorgung der Immigranten versprochen wurden, ist nichts zu sehen. Wegen der momentanen Haushaltskürzungsrunden

hält die Bundesregierung Millionen von Dollar zurück, die ursprünglich für Flüchtlingsprogramme angesetzt waren; des weiteren wird die Bereitstellung der Milliarden verzögert, die für das „State Legalization Impact Assistance Grants"-Programm zugewiesen wurden, wurden die Gelder für Bildungsprogramme, die im „Emergency Immigrant Education Act" vorgesehen waren, fast um die Hälfte gekürzt, und die Kriterien für Anspruchsberechtigte wurden verschärft. Mit dem Versagen der Bundesregierung bei der Lösung der Widersprüche ihrer Einwanderungspolitik wurde das Problem der Entwicklung einer adäquaten Einwanderungspolitik auf die Staaten und Gerichte verschoben.

Interessanterweise wirkte der jetzige Gouverneur von Kalifornien in den frühen 1980er Jahren als Mitglied des US-Senats selbst bei der Verzögerung der entsprechenden Bundesmaßnahmen mit. Die Probleme, die er nun mit „Prop 187" zu lösen vorgibt, sind also partiell von ihm selbst mitverursacht worden. Nun verschärft er sie, weil dies seiner politischen Karriere dienlich ist. In der Vergangenheit war er stets darauf bedacht, die kontinuierliche Zufuhr billiger Arbeitskräfte nach Kalifornien zu sichern, er verhinderte staatliche Sanktionen für Unternehmer, die illegale Immigranten beschäftigten. In seiner Wahlkampfstrategie 1994 aber profilierte er sich als „Kämpfer gegen die Flut" von Immigranten, indem er die Kinder der Illegalen verfolgte und ihre Lehrer zu Agenten der Ausländerbehörde machte. Was wir am Fall Wilsons betonen wollen, ist weniger die Heuchelei Wilsons, der einerseits die Bundesregierung auf Bereitstellung von Mitteln für die Immigranten in seinem Staat verklagt und sich andererseits die Republikanische Plattform zu eigen macht, die die Bundesausgaben radikal kürzen und Kompetenzen und Verantwortlichkeiten auf die Staaten abwälzen will. Wichtiger ist, daß er die Debatte um „Prop 187" so beeinflußt hat, daß die komplexen und widersprüchlichen Fragen einer nationalen Einwanderungspolitik (die Vermittlung sozialer, ökonomischer und humanitärer Zielvorstellungen in der Familienzusammenführung, die Beschaffung billiger unqualifizierter sowie qualifizierter Arbeitskräfte und die Flüchtlingsaufnahme) verdrängt und ersetzt wurden durch eine alarmistische Sicht der Probleme des Staates, seiner Wirtschaftskrise, der steigenden Verbrechensraten, der steigenden Wohlfahrtsausgaben und des zu großen Regierungsapparates.

Diese Probleme kann „Proposition 187" aber nicht lösen, dazu sind die in ihr avisierten Maßnahmen auch nicht gemacht. Die Strafsanktionen, die das Gesetz erzwingen würde, zielen nicht auf die intensivsten Nutzer (sozial)staatlicher Leistungen, sondern auf die Kinder derer, die in die USA kommen, um zu arbeiten, die auch tatsächlich irgendwelche Arbeit finden, die Bundessteuern zahlen (deren Einsatz zu genießen sie meist zu kurz im Land sind) und die auf vielerlei Art ihren Beitrag zur kalifornischen bzw. amerikanischen Wirtschaft leisten – sei es durch überdurchschnittliche Raten von Unternehmensgründungen, sei es durch überdurchschnittlich hohe Löhne schon nach wenigen Jahren im Land oder dadurch, daß sie ihre Arbeitskraft an Industriezweige verkaufen, die andernfalls längst den Staat Kalifornien verlassen hätten (5). Das heißt, dem Referendum geht es, mit den dort formulierten Bestimmungen, nicht

Die Bilder wurden aufgrund urheberrechtlicher Einschränkungen entfernt.

darum, die zwei Millionen Illegalen aus Kalifornien zu vertreiben, sondern darum, sie zu disziplinieren.

Die Bedrohung, die „Proposition 187" darstellt, ist enorm. Während bereits der Angriff der politischen Koalition von Eigenheimbesitzern und „big business" mit „Prop 13" auf „big government" wachsende Ungleichheiten produziert hat (mit der unterschiedlichen Besteuerung von Grundeigentum und dem paradoxen Effekt des Referendums, die Bürger von einer möglichen Kontrolle ihrer Regierung weiter zu entfernen) (6), richtet dieselbe Koalition ihren Angriff jetzt auf die Verfassung selbst, insbesondere auf den 14. Verfassungszusatz, der die Bürger vor ungleicher und willkürlicher Behandlung durch Einzelstaaten schützt (7).

Indem „Proposition 187" die nationale Grenze zu Mexiko in die Klassenzimmer von Kalifornien verlegt, signalisiert sie den Kindern „no future": Für sie soll es keinen Aufstieg in der amerikanischen Gesellschaft geben. Gleichzeitig erheischt sie von den Lehrern, daß diese die traditionelle Verbindung von Schulbildung und Staatsbürgerschaft kappen, die die Basis der demokratischen politischen Kultur der USA darstellt. Wenn allerdings dieser Baustein aus dem Verfassungsrecht entfernt ist, wird das über Dekaden sorgsam gebaute Gerüst von Bürgerrechten brüchig werden. Der Entzug von Rechten, den „Proposition 187" zunächst für die illegalen Immigranten bedeutet, könnte auch auf andere Gruppen ausgeweitet werden.

Anmerkungen:

(1) Covert Action, Spring 1995, S.16.
(2) Paul Glastris zitiert diese Ergebnisse einer Studie von George Borjas in „Out of the Melting Pot, Into the Fire", The Washington Monthly, April 1995.
(3) „Immigrants Lead Recovery", Wall Street Journal Europe, 25. April 1995.
(4) Siehe Clarence Y.H. Lo, Small Property versus Big Government. Social Origins of the Property Tax Revolt. Berkeley: University of California Press, 1995.
(5) Vgl. die ausgezeichnete Studie von Michael Fix und Jeffrey Passel, Immigration and Immigrants: Setting the Record Straight. Washington, D.C.: The Urban Institute, 1994. Hier wurden Herkunft und Zielorte der Immigranten, ihre Auswirkung auf Arbeitsmärkte und öffentlichen Sektor, die Geschichte und Wirkung der Einwanderungspolitik und die einschlägigen sozialwissenschaftlichen Studien ausgewertet.
(6) Vgl. Clarence Y. H. Lo, Small Property versus Big Government, a.a.O.
(7) Die entscheidende Passage lautet: „Kein Staat darf irgend jemandem ohne ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz (without due process of law) Leben, Freiheit oder Eigentum nehmen oder irgend jemandem innerhalb seines Hoheitsbereichs den gleichen Schutz durch das Gesetz versagen."